



LEBENSMITTELVERBAND
Deutschland

Lebensmittelverband
Deutschland e.V.
Food Federation Germany
Postfach 06 02 50
10052 Berlin
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin

Tel. +49 30 206143-0
Fax +49 30 206143-190
info@lebensmittelverband.de
lebensmittelverband.de

Büro Brüssel
Avenue des Nerviens 9-31
1040 Brüssel, Belgien
Tel. +32 2 508 1023
Fax +32 2 508 1025

Stellungnahme

zum Entwurf der Europäischen Kommission für eine Delegierte Richtlinie hinsichtlich der Ausnahmen für Tabakerhitzer und Änderung der Artikel 7 und 11 der EU- Tabakprodukt-Richtlinie 2014/40/EU (TPD)

Vielen Dank für die Übersendung des Entwurfs der Europäischen Kommission für eine Delegierte Richtlinie hinsichtlich der Ausnahmen für Tabakerhitzer und Änderung der Artikel 7 und 11 der EU-Tabakprodukt-Richtlinie 2014/40/EU (TPD), zu dem wir zu den generellen Aspekten im Folgenden Stellung nehmen wollen:

Mit Artikel 1 des Entwurfs der Delegierten Richtlinie verstößt die EU-Kommission unseres Erachtens gegen die TPD, insb. Artikel 2 (14), in dem eine spezielle, in der Richtlinie nicht vorgesehene Erzeugniskategorie eingeführt wird.

Ein delegierter Rechtsakt nach Art. 27 TPD i.V.m. Art. 7 Abs. 12 und Art. 11 Abs. 6 TPD kann unter der Voraussetzung erlassen werden, dass eine „wesentliche Änderung der Umstände“ i.S.d. Art. 2(28) TPD bei den Absatzmengen und den Marktanteilen für eine bestimmte Erzeugniskategorie durch einen Bericht nach Art. 28 Abs. 2 lit. c) TPD festgestellt wird. Dies sei für die Produktgruppe der Tabakerhitzer hinreichend erfüllt. Hieraus leitet die EU-Kommission den Auftrag ab, einen entsprechenden delegierten Rechtsakt zu erlassen.

Der Kommissionsbericht wurde allerdings bislang nicht veröffentlicht, so dass das Vorliegen der Voraussetzungen nicht nachzuvollziehen ist.

Die delegierte Richtlinie soll sich ausschließlich auf Tabakerhitzer beziehen. Zu diesem Zweck führt die Kommission eine Definition für Tabakerhitzer ein: „For the purpose of this Directive, ‘heated tobacco product’ means a novel tobacco product as defined in Article 2(14) of Directive 2014/40/EU that is heated to produce an emission containing nicotine and other chemicals, which is then inhaled by user(s).“

Die im Entwurf der Delegierten Richtlinie avisierten Regelungen bezüglich der Kennzeichnungsvorschriften würden dazu führen, dass Tabakerhitzer, die in Deutschland als rauchlose Produkte klassifiziert sind, zukünftig dieselben Kennzeichnungen tragen müssten wie Zigaretten, Tabak zum Selbstdrehen und Tabak für Wasserpfeifen. Rauchlose Tabakerhitzer müssten damit Textwarn-



LEBENSMITTELVERBAND Deutschland

hinweise, wie etwa "Rauchen ist tödlich" und "Tabakrauch enthält über 70 Stoffe, die erwiesenermaßen krebserregend sind", sowie die korrespondierenden graphischen Warnhinweise tragen.

Solche Warnhinweise auf Tabakerhitzern wären allerdings eine offensichtliche Fehlinformation der Verbraucher.

Nach unserer Auffassung hat die EU-Kommission keine Befugnis, eigenständig Definitionen für Tabakerzeugnisse einzuführen und damit neue Erzeugniskategorien zu schaffen bzw. bestehende Kategorien oder Definitionen abzuändern.

Art. 11 Abs. 6 TPD regelt, dass die EU-Kommission die den Mitgliedstaaten nach Art. 11 Abs. 1 TPD gewährte Möglichkeit zur Regelung von Ausnahmen für bestimmte Erzeugniskategorien zurücknehmen kann. Dabei handelt es sich um Ausnahmen von den Kennzeichnungsvorschriften für Rauchtobakerzeugnisse in Art. 9 Abs. 2 und 10 TPD.

Die „Kennzeichnung rauchloser Tabakerzeugnisse“ ist demgegenüber in Art. 12 abschließend geregelt. Kategorien von rauchlosen Tabakerzeugnissen können also von vornherein nicht unter die Regelungen des Art. 11 TPD fallen und damit auch nicht Gegenstand eines delegierten Rechtsakts der Kommission nach Art. 11 Abs. 6 TPD sein. Artikel 11 Abs. 6 TPD erlaubt auch nicht, dass die EU-Kommission rauchlosen Tabakerzeugnissen, die bislang überhaupt nicht von der Regelung der Art. 9-11 TPD betroffen waren, eine entsprechende Kennzeichnungspflicht auferlegt.

Darüber hinaus sehen wir es als unzulässig an, dass die Voraussetzungen der Delegationsbefugnis erst durch den delegierten Rechtsakt selbst geschaffen werden, nämlich durch die Definition der spezifischen Erzeugniskategorie „erhitzter Tabak“, die nicht Grundlage des Basisrechtsakts sind. Die Kommission verstößt damit gegen Art. 290 AEUV.

Das System der delegierten Rechtsakte bzgl. der Ausnahme für gewisse Produkte verbunden mit dem Sachverhalt der „wesentlichen Änderung der Umstände“ ist in seiner bestehenden Form ein sinnvolles Instrument, das auch bei einer überarbeiteten Fassung einer neuen Tabakprodukt-Richtlinie (TPD3) auf jeden Fall erhalten bleiben sollte. Nischenprodukte, die keine Relevanz für junge Konsumenten haben und kein starkes Wachstum aufweisen, sollen auch in Zukunft eine Ausnahme unter diesen bestimmten Bedingungen behalten können.

Sollte die Delegierte Richtlinie ungeachtet dieser Bedenken wie von der EU-Kommission geplant angenommen werden, sind angemessene Übergangs- und Abverkaufsfristen vorzusehen.

Berlin, 9.3.2022